

Pressestimmen

BAHNSTREIK IN DEUTSCHLAND

Frankfurter Allgemeine

„Harte Probe“ Wieder müssen Millionen Fahrgäste umdisponieren, berufliche und private Termine geraten ins Rutschen. Gewerbliche Kunden müssen ihre Transporte auf Lastwagen oder Schiffe umladen. Wieder geht ein Stückchen Vertrauen in die Bahn verloren – also in das Unternehmen, von dem die Lokführer leben, die es jetzt auf eine harte Probe stellen.

FAZ, Frankfurt

RHEINISCHE POST

„Sprechen“ Was die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer angekündigt, übertraf alle Befürchtungen: knapp eine Woche Streik. Streik, so sieht es die Rechtslage vor, sollte immer das letzte Mittel sein. Ergebnisse kann es nur am Verhandlungstisch geben. Alle Verantwortlichen sind gut beraten, sich das noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Sprechen statt streiken muss die Devise jetzt zum Wohle eines ganzen Landes lauten.

Rheinische Post, Düsseldorf

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

6. Mai

1840: In Großbritannien werden die ersten Briefmarken ausgegeben: eine schwarze Onepenny und eine blaue Twopence.

1910: Nach dem Tod des britischen Königs Eduard VII. im Alter von 68 Jahren bestieg dessen Sohn Georg V. den Thron.

2000: Als Nachfolger von Boris Jelzin wird der neue russische Präsident Wladimir Putin im Kreml-Palast in Moskau vereidigt.

Geburtstag: Orson Welles, US-Schauspieler (1915–1985)

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoage (Seite 8) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieft



Der Fährmann

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Nicola Sturgeon

Die britische Königsmacherin

Von Heidi Riepl

Sie selbst steht gar nicht zur Wahl. Und im Großteil des Landes kann man nicht einmal für ihre Partei stimmen. Dennoch steht Nicola Sturgeon im Mittelpunkt des britischen Wahlkampfes. Die schottische Ministerpräsidentin wird am Donnerstag nämlich einen Erdrutschsieg für ihre Schottische Nationalpartei (SNP) einfahren. Allen Prognosen zufolge wird die SNP drittstärkste Partei in Großbritannien. Die 44-jährige Parteichefin hält dann auch den Schlüssel für die britische Regierungsbildung in ihren Händen.

Denn wie es aussieht, werden weder die Konservativen noch die Labour-Partei eine absolute Mehrheit erreichen und auf die Schottin als sogenannte Königsmacherin angewiesen sein. Kommentatoren bezeichnen die charismatische Schottin bereits als mächtigste Frau Großbritanniens.

„Nicola“, wie sie ihre Wähler rufen, hat mehrfach betont, dass sie sich an einer „fortschrittlichen Allianz“ mit Labour beteiligen und Ed Miliband gegen Regierungschef Cameron unterstützen würde. „Wenn es eine Anti-Tory-Mehrheit gibt, dann sollten wir beide gemeinsam Cameron aus der Downing Street heraushalten“, erklärte die überzeugte Europäerin, die nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum im Herbst ihren Jugendtraum verwirklichen konnte und Ministerpräsidentin in Schottland wurde. Seitdem wächst ihre Beliebtheit.

Sturgeons Erfolgskonzept ist ihre ehrliche und direkte Art. Damit unterscheidet sich die Juristin wohlthuend von den etablierten Politikern. Politisch vertritt sie linke Positionen. Die



Die schottische Ministerpräsidentin wird als mächtigste Frau Großbritanniens bezeichnet. Foto: epa

soziale Gerechtigkeit steht ganz oben auf ihrer Agenda. Sie will Wohlfahrtssysteme erhalten, die Privatisierung des nationalen Gesundheitswesens verhindern und gegen die „Anti-Immigranten-Hetze“ kämpfen.

Über ihr Privatleben ist nur wenig bekannt: Sie ist mit SNP-Funktionär Peter Murrell verheiratet, hat keine Kinder und ist ein bekennender Fan der dänischen TV-Politikserie „Borgen“.

Leitartikel

Von Dietmar Mascher



Grundverkehrtes Geldschöpfen

Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft derzeit Anleihen. Ihr wird von Kritikern vorgeworfen, auf diese Art und Weise Geld zu drucken. Tatsächlich erhöht sich die im Umlauf befindliche Geldmenge. Ziel der EZB ist es, eine Deflation zu verhindern. Ob sie damit erfolgreich ist, wird sich erst zeigen.

Geldschöpfen funktioniert aber nicht nur auf höchster währungspolitischer Ebene, sondern auch auf den unteren Verwaltungsebenen. Und Österreich zeichnet sich hierbei besonders aus. Es gehörte und gehört hierzulande fast zur Tradition, dass als Grünfläche gewidmete Grundstücke in Bauland oder Gewerbegebiet umgewidmet werden und damit mit einem Schlag das Vermögen des Verkäufers erhöhen.

Diese Umwidmungsgewinne waren zum Teil dazu angetan, die betroffenen Grundbesitzer finanziell zu

Spekulation auf diese Raumordnung war offenbar gewinnbringend

retten oder schlicht ihren Reichtum zu vermehren. In einem Zusammenspiel von einflussreichen Grundbesitzern, Ortschefs, willfährigen Gemeinderäten und überschaubar fähigen Aufsichtsbehörden wurde hier einfach Geld gedruckt.

Dass hier Spekulation Tür und Tor geöffnet war, liegt auf der Hand.

Nun kann man einwenden, dass zur Weiterentwicklung von Ortschaften und Regionen Umwidmungen unumgänglich waren und nach wie vor auch sind.

Nur würde das voraussetzen, dass dahinter Planung und Konzept stehen. Was man angesichts der Zersiedelung Österreichs im Vergleich etwa zu Bayern allerdings nicht behaupten kann, ohne rot zu werden. Das Begriffspaar Raum und Ordnung war lange Zeit ein Widerspruch in sich, wie etwa der Begriff „alter Knabe“.

Immobilienvertragssteuern trugen dieser Entwicklung nur zum Teil Rechnung. Tatsächlich hätte eine höhere steuerliche Belastung von Umwidmungsgewinnen den Effekt, dass bestimmte Dinge erst gar nicht mehr gemacht werden und ein Gewinn ohne Risiko zu Recht besteuert würde. Man könnte diese Steuererträge ja zweckwidmen, um erhöhte Infrastrukturkosten zu finanzieren.

Ähnliches gilt für jene, die unpräzise Gesetze nutzen, um Forstwirtschaften zu erwerben, sie später zu zerteilen und dann mit Margen zu verkaufen, die selbst Aktienbesitzer vor Neid erblassen lassen. Hier geht es nicht um die Besteuerung von Substanz, sondern von Spekulation.

d.mascher@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Ein segensreicher Steuerwettbewerb

Zurzeit wird in Österreich darüber diskutiert, eine gewisse Steuerautonomie für die Länder einzuführen. Das würde bedeuten, dass zum Beispiel das Bundesland Oberösterreich selbst die Steuersätze für Einkommenssteuern und Körperschaftsteuern festlegen würde und über die Verwendung dieser Steuererträge dann auch selbst bestimmen könnte.

Damit würde Oberösterreich im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern stehen, die alle auch selbst ihre Steuersätze festlegen könnten. Falls auch – wie in der Schweiz – die Gemeinden einen Teil der Einkommens- und Kör-

perschaftssteuern selbstständig festlegen können, würden auch die Gemeinden zueinander im Wettbewerb stehen.

In der Schweiz ist zudem die Steuerautonomie auf das Engste mit einem breiten Mitbestimmungsrecht der Bürger verbunden, welche über jede größere Investition abstimmen können. Unzufriedenheit mit dem Verhältnis zwischen wahrgenommener Leistung des Gemeinwesens und den entrichteten Steuern würde sich durch das eigene Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen lassen. Oder schlussendlich mit



KOLUMNE

VON TEODORO COCCA

der Abstimmung mit den Füßen – durch einen Umzug in eine attraktivere Gemeinde oder ein attraktiveres Bundesland.

Um eine Vorstellung zu haben, was das konkret für einen Oberösterreicher bedeuten könnte, hier ein Auszug von Abstimmungsvorlagen, über die in jüngster Zeit in schweizerischen Gemeinden abgestimmt wurde: Ausbau eines bestehenden Spitals, Bau eines Hallenbades, Ausbau eines Sportplatzes, Erweiterung des Kinderbetreuungsangebots, Diakonie im Kindergarten, Ausbau des Gemeindeplatzes, Bau von Sozial-

wohnungen, Ausweitung von Gewerbebezonen, neuer Kirchenbau, Schließung von Sportanlagen und die Höhe der Steuersätze selbst.

Auf Ebene der Bundesländer (Kantone) wurden hingegen Themen wie große Verkehrsprojekte, Ladenöffnungszeiten, Förderung von Naturheilkunde, Zusammenlegung von Spitälern und die Förderung von billigem Wohnen zur Abstimmung gebracht. Diese Beispiele zeigen, dass eine nach Schweizer Modell gelebte Steuerautonomie in Oberösterreich etwa Themen wie die Finanzierung des Musiktheaters, die Gründung einer Medizinischen Fakultät an der JKU und den Bau der Linzer West-

umfahrung vor das Volk gebracht hätte. Durch eine direktere Einbindung der Bürger würde ein höheres Verantwortungsbewusstsein für Leistungen und Kosten des Gemeinwesens entstehen. Anstatt des heute üblichen „Wunschkonzerts“ von Interessengruppen würden die Priorisierung und die Finanzierbarkeit von Ausgaben im Zentrum stehen. All das könnte dazu führen, dass es in der österreichischen Politik weniger um Parteien und Personen, sondern mehr um Sachthemen und Bürgernähe gehen würde.

Teodoro Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU.